



Wie eine Untersuchung im Auftrag der Gemeinde Gottenheim zeigt, wären bei der Umsetzung der Tunibergrandtrasse mindestens ein Drittel der Einwohner massiv vom Lärm der Bundesstraße beeinträchtigt. Foto: ma

„Wir sind stark belastet“

Im Gottenheimer Gemeinderat wurde über mögliche Trassen der B31-West beraten

Gottenheim. Im Gottenheimer Gemeinderat gibt es eine Mehrheit für den Weiterbau der B31-West bis nach Breisach. Die verschiedenen Trassenführungen, die das Regierungspräsidium prüfen will, werden aber sehr unterschiedlich bewertet. Insbesondere die Tunibergrandtrasse, die erst jüngst auf Betreiben der Naturschutzverbände ins Spiel gebracht wurde, stößt im Gottenheimer Gemeinderat auf Widerstand, wie eine Aussprache am Donnerstag, 22. November, ergab.

Bürgermeister Christian Riesterer hatte das Thema auf die Tagesordnung gesetzt, um im Gemeinderat einen Konsens über die Position der Gemeinde zu erreichen. „Die Tunibergrandtrasse kann für Gottenheim keine Option sein. Wir haben eine Studie in Auftrag gegeben, die zu dem Schluss kommt, dass min-

destens ein Drittel unserer Bürgerinnen und Bürger vom Lärm dieser Trasse massiv betroffen wären“, gab der Bürgermeister zu bedenken.

Dem Gemeinderat stellte er die Inhalte der Informationsveranstaltung des Regierungspräsidiums vom 5. Oktober in Breisach vor. Dort hatten die Planer des Regierungspräsidiums nicht nur alle neun zu prüfenden Trassenvarianten nebst einiger Untervarianten, sondern auch die Kriterien vorgestellt, nach denen die verschiedenen Trassen geprüft und abgewogen werden. Insbesondere der Naturschutz, die Landwirtschaft, aber auch das Grundwasser, die Kosten und nicht zuletzt der Mensch fallen hier unter anderem ins Gewicht.

In der Diskussion im Gemeinderat in Gottenheim kristallisierte sich heraus, dass eine Trasse am Tunibergrand, die direkt unterhalb des Neubaugebietes Steinacker-Berg

verlaufen würde, für Gottenheim nicht akzeptabel sein kann.

Die Behörde habe die Gemeinden um Informationen gebeten, die für die Abwägung der verschiedenen Trassen wichtig seien, so der Bürgermeister. Gottenheim sei von der B31-West sehr stark betroffen. Nehme man beide Abschnitte - der bestehende und der noch zu bauende zusammen - werde die Gemarkung komplett durchschnitten. „Wir wünschen uns, dass die Bundesstraße auf Gottenheimer Gemarkung als Ganzes betrachtet wird, und unsere Betroffenheiten beim RP ins Gewicht fallen“, so der Bürgermeister.

Aus der Sitzung nahm das Gemeindeoberhaupt den Auftrag des Gemeinderates mit, in einem Schreiben an das Regierungspräsidium die Position der Gemeinde Gottenheim klar zu machen - insbesondere die Ablehnung der Tunibergrandtrasse. **Marianne Ambts**